

# Arbeiterstimme

Tageszeitung der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale) Bezirk Ostschlesien

ersch. jeden Freitag nachmittags \* Bezugspreis halbjährlich frei ins Haus 1 Mark monatlich 2 Mark; auch die Post bezogen 1 Mark (monatlich 2 Mark) ohne Zustellungsgebühr einschließlich der Beleggen „Der kommunistische Gewerkschafter“, „Der kommunistische Betriebsrat“, „Der kommunistische Arbeiter“, (siehe der illustrierten Beilage „Der rote Stern“ \* Verlag und Geschäftsstelle: Dresden-12, Güterbahnhofstraße 2, 1. Fernsprecher: 17 299. \* Redaktion: Dresden-12, Güterbahnhofstraße 2, 1. Obergeschoss der Nebenan: Täglich nachmittags von 5-6 Uhr. Sonntags von 4-6 Uhr \* Postbezugspreis Nr. 13 314 Dresden, Carl Schlegel \* Anzeigenpreis: 30 Goldpfennige für die dreimal gefaltete Normalzeile, 20 Goldpfennige für die Familienanzeigenzeile, 50 Goldpfennige für die Anzeigenzeile außerhalb von den beigefügten Zeilen \* Anzeigen tags vorher bis 4 Uhr nachmittags erbeten.

1. Jahrgang. **Samstag, 4. April 1925** Nummer 4

## Zum Bezirkstag

Der Bezirkstag tritt zusammen als der erste Bezirkstag nach der Umstellung der Partei. Die Delegierten haben eine erste Prüfung der Erfahrungen, einen Rückblick vorzunehmen, die Aufgaben fest zu umreißen, die neue Arbeit vorzubereiten.

Die Ereignisse der letzten Zeit haben gezeigt, daß noch eine große Arbeit zu leisten ist. Die Partei hat seit dem letzten Bezirkstag ernsthaft an der Liquidierung der alten Fehler und Mängel gearbeitet. Die politische Umstellung der Mitglieder kann als abgeschlossen betrachtet werden. Trotzdem aber muß festgestellt werden, daß bei einer Anzahl Genossen, insbesondere in den Gemeindevertretungen, Abweichungen aufgetreten sind, die an einzelnen Stellen zu Austritten der Genossen aus der Partei geführt haben.

Die Partei hat in den meisten Fällen durch die Austritte nicht gelitten, sondern in manchen Gruppen eher gewonnen.

Der Bezirkstag darf aber über diese Erscheinung nicht hinweggehen. Diese Austritte und Abweichungen zeigen, daß die politische Schulung unserer Funktionäre und Mitglieder noch nicht im genügenden Maße erfolgt ist. Der Bezirkstag muß Schritte einleiten, Mittel und Wege finden, um eine intensive Schulung der Funktionäre und Mitglieder zu erreichen. Die Schulung der Funktionäre und Mitglieder ist eine der wichtigsten Aufgaben zur Festigung der Partei.

Der Ausfall der Reichspräsidentenwahl hat uns gezeigt, daß große Teile unserer Wähler der Wahl gleichgültig gegenüber gestanden haben. Diese Wähler haben sich gezeigt, die Wahl bringt uns nichts. Wozu hat es Zweck, zur Wahlurne zu gehen?

Diese Wähler haben noch nicht begriffen, daß die Beteiligung der Kommunisten am Wahlkampf mehr bedeutet wie eine leere Demonstration. Die Beteiligung bedeutete die Durchkreuzung des sozialdemokratischen Wanders mit ihrem Kandidaten Otto Braun. Der Aufmarsch der Kom-

munisten ist aber auch ein Gradmesser der Kraft und Stärke der Partei. Die Reaktion läßt sich aus geringer Beteiligung, die Kommunisten seien schwach, die Indifferenten erhalten nicht den genügend starken Nachschub, der sie mitreißt und unter unsere Fahnen sammelt.

Auch in dieser Haltung unserer Wähler zeigt sich, daß die Partei in ihrer Gesamtheit nicht genügend getarnt hat, um die breiten Massen zu erfassen. Volkshewisierung der Partei ist nicht nur theoretische Klarheit schaffen, sondern auch organisatorisch zu arbeiten, daß wir einen breiten Teil der Arbeiter um uns schließen.

Aber auch hier ist die Frage der Schulung unserer Genossen die wichtigste Aufgabe. Ohne eine durchgreifende Schulung unserer Genossen ist eine breite Agitation sehr schwierig. Dennoch aber muß die Partei alles daran setzen, beim zweiten Wahlgang die Massen der mit uns Sympathisierenden heranzuziehen.

Die Delegierten des Bezirkstages müssen sich mit der Durchführung der intensiven und breiten Propagandaarbeit in den Betrieben, in den Gewerkschaften, kurz unter der gesamten Arbeiterschaft befassen.

Eine der wichtigsten Aufgaben hierzu ist die Verankerung der Partei in den Betrieben. Der Bezirkstag muß beschließen, daß die Umstellung der Partei auf die Betriebszellen schneller und energischer vorgenommen wird.

Der Kampf gegen die Reformisten muß verstärkt werden. Es gilt, die Arbeiter zu befreien von den Illusionen, sie zu entschlossenen Kämpfern zu erziehen. Die Delegierten haben eine ernste Arbeit zu leisten, sie müssen darüber beschließen, wie die KPD. hindurchsteuert durch die Zeit des scheinbaren Niederganges, es gilt, Klarheit zu schaffen über Ziel und Aufgaben.

**Heran an die Arbeit!**  
**Vorwärts zur Revolution!**

## Die Dresdner linken Sozialdemokraten für Marx

Noch vor zwei Tagen schrieb Hermann Fleißner, der unentwegte „Linke“ in allen Lagern, einen langen Artikel, in dem er bewies, daß eine Sammelkandidatur für die Sozialdemokraten, wenn der Kandidat kein Sozialdemokrat sei, untragbar wäre. Die Leipziger Funktionäre lachten gar den Belag, sich „ihre Stellung vorzubehalten“. In Dresden und Umgebung verkündete beim ersten Wahlgang **Marx**, die sozialdemokratischen Wähler sollten sich, falls beim zweiten Wahlgang kein Sozialdemokrat aufgestellt werde, der Stimme enthalten. Der sozialdemokratische Parteivorstand hat weder auf die Forderungen der Leipziger, noch auf den Artikel Hermann Fleißners etwas gegeben. Der Berliner Parteivorstand weiß, wie er seine Radikalfasche einzulagern hat. Er weiß, daß er diese Gesellschaft von Schulmeistern und jungen Redakteuren nicht ernst zu nehmen braucht.

Der Parteiaussschuß der SPD. hat mit großer Mehrheit beschlossen, für die Kandidatur Marx einzutreten. Als Gegenleistung wurde dafür gestern Otto Braun zum preussischen Ministerpräsidenten gewählt. Der SPD. Presseklub vertritt zu diesem Schritt eine lange Besorgnis, in der die SPD. diesen neuesten Betrug an dem noch gläubigen Teil der Arbeiterschaft mit ihrer „Sorge für die Republik“ zu verkleinern sucht. Man erklärt, ohne die Einigung wäre zwar nicht ein Monarchist, aber ein die Interessen des Kapitals vertretender Präsident an die Spitze des Deutschen Reiches gekommen. Es gelte, die Interessen der Republik zu vertreten. Um dies endgültig zu können, habe man Marx im Reich und Otto Braun in Preußen ernannt. Dies sei sehr gesichert. Um das betrügerische Mandat noch mehr als notwendig erscheinen zu lassen, geht man zu der bekannten 51-Prozent-Theorie über. Die SPD. habe nur 30 Prozent der Wählerstimmen erhalten. Da müsse man es eben auf ein Kompromiß ankommen lassen.

Um was geht es denn bei diesem Kompromiß? Die SPD. schreibt keine Silbe von den notwendigen Augenblicksinteressen der Arbeiter. Diese vertritt man auf die weifere Zukunft. Man kann nur auf dem Boden der Republik das Programm der SPD. durchführen. Deswegen muß man für die Republik sein.

Die Arbeiter werden sich aber überlegen, welches Programm die SPD. seit sieben Jahren durchgeführt hat.

1918 war das Ziel der Arbeiter, die Eroberung der Macht, zum Greifen nahe. Die SPD. rettete das Kapital mit Reichswehr und Belagerungszustand.

Sieben Jahre regierte Ebert, die Arbeiter flohen in die Gefängnisse und Zuchthäuser, wurden erschlagen und erschossen. Jetzt empfehlen diese Sozialdemokraten den Arbeitern den Zentrumsler Marx. Marx sei besser wie ein Vertreter des Kapitals. Dein Marx ist ein Vertreter des Kapitals wie alle andern.

Marx war der Mann der „Stabilisierung“ auf Kosten der Arbeitenden. Marx warf die Eisenbahner heraus. Marx erhöhte die Steuern. Marx verschleuderte die Ruhrs Gelder an die Industriellen. Marx wird die Ausbeutung steigern und die Steuerlast noch mehr anziehen. Marx ist der Verfechter des Arbeitszwanges, jedoch nicht für die Kapitalisten, sondern für die Arbeiter. Marx ist der Kämpfer gegen den Achtstundentag.

Immer wieder müssen wir betonen, es geht den Sozialdemokraten nicht um die Interessen der Arbeiter. Otto Braun soll nicht Arbeiterinteressen wahren, er hat die Interessen der Arbeiter immer mit Füßen getreten. Otto Braun soll den Forderungen der Arbeiter nachkommen. Das Kompromiß zwischen Braun und Marx ist der Kampf um die Kuttertruppe, um die Staats- und Gemeindefunktionen in Preußen und im Reich. Für die Arbeiter bleibt der Erfolg immer der gleiche, ob Larres, Marx oder Braun. Verschärfte Ausbeutung und mehr Hunger.

Bezeichnend ist die Stellung der „Linken“ in Sachen zu diesem Schritt. Während uns aus Leipzig erst der Bescheid der Funktionäre vorliegt, hat es die Dresdner Arbeiter schon vorfristig vermieden, irgendwie Stellung zu nehmen. Nachdem der Parteivorstand diesen Radikalfasche einen Schlag ins Gesicht gegeben, bereitet die „Dresdner Volkszeitung“ die untertänigste Unterwerfung der Linken vor.

Die Zeitung am Wettiner Platz schreibt am 3. April: „Sollten sich die sozialdemokratischen Beauftragten (auch die Vertreter sämtlicher Parteifunktionäre) heute in Berlin) entscheiden, daß die Voraussetzungen zu erfüllen oder erfüllt seien und daher endgültig die Unterstützung einer gemeinsamen republikanischen Kandidatur Marx beschließen, so erhebt der Gesamtheit die Pflicht, diese Politik mit aller Entschiedenheit und Geschlossenheit durchzuführen.“

Die Linken schwanken sehr schnell in die Front der Rechten.

Zu dem Bescheid der Leipziger Funktionäre schreibt die „Dr. B.“ am gleichen Tage:

## Braun preussischer Ministerpräsident

Gestern wurde im preussischen Landtag der Sozialdemokrat Braun zum Ministerpräsidenten von Preußen gewählt. Bei der Wahl mochten die Kommunisten den Zwischenruf: „Auf wie lange?“

Sehr lange wird die Herrlichkeit Brauns sicherlich nicht dauern. Der „Vorwärts“ fordert zwar geflissentlich die Unstabilität Brauns mindestens die Hälfte der Amtszeit des gemeinsamen Präsidentschaftskandidaten Marx dauern wird.

## Die Justizkommission des Reichstages

Die bannischen Volksgerichtsurteile sollen residiert werden! Am Mittwoch hat der Reichsausschuß des Reichstages gegen den Willen des bannischen Landtages in Brügel einen Bescheid erlassen, der sämtliche bannischen Volksgerichtsurteile einer Revision unterstellt!

Wenn auch dieser Bescheid eine Verurteilung der Terrorjustiz der Münchener Volksgerichte bedeutet, so wird praktisch bei der ganzen Sache nichts herauskommen, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil die bannischen Volksgerichtsurteile seit nunmehr schon vollstreckt sind. Juristisch liegen noch im Zuchthaus Straubing über 25 Katerowhäftlinge, die um großen Teil Strafbaustrafen von 15 Jahren abzuüssen haben. Aber bei der heutigen Praxis der deutschen Justiz ist gar nicht daran zu denken, daß diese Katerowhäftlinge aufgegeben werden.

Die Praxis der bannischen Volksgerichte ist ja längst Gemeingut der gesamten deutschen Rechtsprechung geworden. Den wichtigsten Beweis dafür liefert das Niedergerecht in Leipzig!

## Luther fordert Unterwerfung unter Frankreich und stärkere Ausbeutung der Arbeiter

Anlässlich einer Redefahrt zu Ehren des Vorherrschenden des Reichesverbandes der deutschen Industriellen, Dr. Sorge, hielt der Reichstagsler Dr. Luther eine Rede, in der er erklärte, daß die Bevölkerung der Weidob der Arbeit die Tapferung und Herabsetzung in Deutschland weiter beschritten werden müßte. Man müsse politisch arbeiten, durch höhere Lohnsätze könne man nicht vorwärts.

Die Ausführungen Luthers bedeuten, daß er den nationalsozialistischen Vertreter und Leiter der Regierungsgeschäfte, die Unterwerfung unter die ausländischen Kapitalisten mit allen Konsequenzen fordert und die dadurch entstehenden Verluste und Befreiungen durch eine verschärfte Ausbeutung der deutschen Arbeiter wettmachen will.

Die deutschen Arbeiter haben auf die Unterwerfung nur eine Antwort: „Weg mit der Luther-Regierung!“

## Hausdurchsuchung in den Räumen der „Diba“

Gestern unternahm die Polizei eine Hausdurchsuchung in den Räumen der „Diba“. Die Anruppen Friedensbergs suchten nach der Broschüre „Die K. P. D., die einzige Arbeiterpartei“. Der Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik hat in der Broschüre Aufreizung zum Klassenkampf

entdeckt. Gelesen wurde kein einziges Exemplar. Die Polizei kam zu spät. Von der Broschüre sind bereits 50 000 Exemplare verkauft.

## Zum Konflikt der Berliner Metallarbeiter

Die Ausbeuter drohen mit Aussperrung.

Die Berliner Metallindustriellen drohen, wenn der Streik der Kupferindustrie nicht abgebrochen wird, am Montag 7000 Metallarbeiter auszusperrten. Ausgesperrt werden sollen die Arbeiter der Betriebe Lokomotivfabrik Hennigsdorf, Schwarzkopf, Wildau, Ohrenstein u. Koppel.

Die gesamte Metallarbeiterchaft muß ihren Berliner Kollegen zu Hilfe eilen. Von der Gewerkschaftsbürokratie weitgehende Unterstützung der Berliner kämpfenden Kollegen und aktive Gegenwehr gegen den Vorstoß der Metallindustriellen verlangen.

## Klassenjustiz gegen hungernde Bergarbeiter

13 Jahre 9 Monate Gefängnis auf Befehl der Kohlenbarone!

Vor dem Schöffengericht in Essen wurde nach wochenlanger Verhandlung der Prozeß gegen 37 Bergarbeiter aus Marl zu Ende geführt.

Während des Bergarbeiterstreiks im Mai 1923 kam es durch die Provokation der Polizei und die Vorenthaltung des Rechlusses durch die Zechendirektion zu einem Sturm auf die Zechen „Bräcker“.

Deswegen riefen die Kohlenbarone die Klassenjustiz zu Hilfe, um die kommunistischen Betriebsräte in den Kerker werfen zu lassen. Die Klassenjustiz führt sich zum größten Teil ausschließlich auf die Aufzubildung des vorigen Bergwerkes direktor.

Der Staatsanwalt war während der ganzen Verhandlung bemüht, dem Willen der Kohlenbarone gerecht zu werden. Das Das Gericht fällt ein ganz brutales Klassenurteil, indem es den größten Teil der Angeklagten zu insgesamt 13 Jahren 9 Monaten Gefängnis verurteilt!

## Englands Angst vor dem Bolschewismus

Der englische Innenminister erklärte heute im Unterhaus unter Bezugnahme auf den Besuch der russischen Gewerkschaftsmittglieder, daß das Innenministerium diesen Personen keine besondere Aufmerksamkeit zuwenden werde. Die russischen Gewerkschaftsmittglieder seien nur unter der Voraussetzung nach England heringekommen worden, daß sie sich lediglich auf die Erörterung gewerkschaftlicher Angelegenheiten beschränken.

Herunterjagt in Albanien.

Wie der „Bolschewistische“ aus Stutari gemeldet wird, ereignete sich vorgestern im Jollant in Stutari eine schwere Explosionkatastrophe. Dabei die Stadt wurde der Belagerungszustand verhängt. Einige Revolutionäre, denen angeblich nachgewiesen wurde, daß sie die Explosion herbeigeführt haben, wurden vom Standgericht zum Tode verurteilt. Zwei Todesurteile wurden sofort vollstreckt.